

Ein Jahr nach der Lehman-Pleite

# Finanz-Zockerei endlich stoppen!



Genau vor einem Jahr, am 15. September 2008, brach in Amerika mit „Lehman Brothers“ eine der führenden amerikanischen Investment-Banken zusammen. Die Pleite löste weltweit eine bislang beispiellose Finanzkrise aus.

Überall gerieten Banken in Not, ganze Länder, z. B. Island, standen vor dem Staatsbankrott. Werte in Milliardenhöhe wurden vernichtet. Menschen, die ihre Ersparnisse in dubiosen Finanzmarktpapieren angelegt hatten, verloren über Nacht alles. Auch in Deutschland traf die Lehman-Pleite Tausende, die dem Rat ihrer Bank vertrauten und Lehman-Papiere kauften.

Verursacher der Krise war ein System, das gierigen Finanzjongleuren ermöglichte, ohne Regeln und Kontrolle zu zocken. Dies führte zu einem Casino-Kapitalismus ohne Maß und Grenzen. Nach dem Zusammenbruch entzogen sich die Zocker ihrer Verantwortung und überließen ihren Finanzschrott den Steuerzahlern.

## Zocker wittern wieder Morgenluft

Inzwischen wollen viele Banker schon wieder ein neues Spiel im internationalen Casino eröffnen.

- Der neue **US-Präsident Barack Obama** weist dies entschieden zurück. Obama am Jahrestag der Lehman-Pleite: *„Wir werden nicht zu den Tagen rücksichtslosen Verhaltens und ungehemmter Exzesse zurückkehren, die das Herz dieser Krise sind.“*
- Ähnlich **SPD-Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier** auf einem SPD-Parteitag: *„Die Ideologie, die uns in die Krise geführt hat, kann sicherlich nicht die Antwort auf die Krise sein.“*

## Schwarz-Gelb hält Krise für „Betriebsunfall“

In Deutschland tut Schwarz-Gelb die Krise immer noch als Betriebsunfall ab, der allenfalls „kleinere Reparaturen“ erfordert. Deshalb verweigert Schwarz-Gelb ernsthafte Konsequenzen aus der Krise.

- Die **SPD** will eine **internationale Finanzmarktsteuer** auf alle Finanzgeschäfte oder alternativ dazu eine **nationale Börsenumsatzsteuer**.
- ▶ **CDU/CSU** könnten sich eine internationale Steuer vorstellen, wenn alle mitziehen – lehnt aber eine Börsenumsatzsteuer ab. Die **FDP** will Finanzgeschäfte gar nicht besteuern.
- Die **SPD** will **Managerbezüge** über das Steuerrecht **wirksam begrenzen**.
- ▶ **CDU/CSU** setzen auf freiwillige Vereinbarungen, die **FDP** lehnt eine Begrenzung ab.
- Die **SPD** will **Aktien-Gesellschaften** auch auf das **Gemeinwohl** und das **Wohl ihrer Beschäftigten verpflichten**.
- ▶ **Schwarz-Gelb** lehnt dies ab. Ihnen geht es weiter allein um die Geldbeutel der Aktionäre.

**Fazit: Die SPD handelt – Schwarz-Gelb schaut zu!**